



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 28. August 2006 (01.09)
(OR. fr)**

12312/06

PUBLIC 27

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES
JUNI 2006

Dieses Dokument enthält

- in **Anlage I** eine Aufstellung der vom Rat im Juni 2006 endgültig angenommenen Rechtssetzungsakte sowie in **Anlage II** die Protokollerklärungen, die der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In der Aufstellung sind auch etwaige Gegenstimmen und Stimmenthaltungen, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie die Abstimmungsregeln vermerkt;
- in **Anlage III** eine Aufstellung der sonstigen vom Rat im Juni 2006 angenommenen Rechtsakte¹, in der gegebenenfalls auf Abstimmungsergebnisse, Erklärungen zur Stimmabgabe sowie Erklärungen hingewiesen wird, die gemäß Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Vorliegendes Dokument ist auch über die Internet-Site <http://consilium.europa.eu> unter der Rubrik "Dokumente" – "Aufstellung der Rechtsakte des Rates" zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente unter <http://register.consilium.europa.eu> abgerufen werden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtssetzungsakte. Die Auszüge aus den betreffenden Protokollen können beim Dienst "Transparenz" über E-Mail unter der Adresse transparency@consilium.europa.eu angefordert werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

JUNI 2006				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
2732. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 1. und 2. Juni 2006				
Entscheidung des Rates zur Änderung der Anlage 12 der Gemeinsamen Konsularischen Instruktion sowie der Anlage 14a des Gemeinsamen Handbuchs betreffend die den Verwaltungskosten für die Bearbeitung von Visumanträgen entsprechenden Gebühren	8558/06 + REV 1 (lt) + COR 1 (en) + COR 2 (lv) + COR 3		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür, ausgenommen Griechenland, Ungarn und Schweden: dagegen
Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung einer vereinfachten Regelung für die Personenkontrollen an den Außengrenzen, die darauf beruht, dass die Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und die Slowakei bestimmte Dokumente für die Zwecke der Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet einseitig als ihren nationalen Visa gleichwertig anerkennen	PE-CONS 3609/06		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür

JUNI 2006				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung einer vereinfachten Regelung für die Personenkontrollen an den Außengrenzen, die darauf beruht, dass die Mitgliedstaaten bestimmte von der Schweiz und von Liechtenstein ausgestellte Aufenthaltserlaubnisse für die Zwecke der Durchreise durch ihr Hoheitsgebiet einseitig anerkennen	PE-CONS 3610/1/06 REV 1 + REV 1 COR 1 (el)		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür
2733. Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 1. und 2. Juni 2006				
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 51/2006 hinsichtlich Blauem Wittling und Hering	9249/06	87/06	Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 95/2/EG über andere Lebensmittelzusatzstoffe als Farbstoffe und Süßungsmittel sowie der Richtlinie 94/35/EG über Süßungsmittel, die in Lebensmitteln verwendet werden dürfen	PE-CONS 3663/05 + COR 1 (sv) + COR 2 (fi) + COR 3 (lv) + COR 4 (el) + REV 1 (de)	88/06, 89/06, 90/06, 91/06, 92/06	Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür, ausgenommen Belgien, Dänemark und Niederlande: dagegen

JUNI 2006				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
2734. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 7. Juni 2006				
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Kreditinstitute (Neufassung)	PE-CONS 3669/05 + COR 1 (it) + COR 2 + REV 1 (sv) + REV 2 (hu) + REV 3 (el)	93/06, 94/06, 95/06, 96/06	Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten (Neufassung)	PE-CONS 3670/05 + COR 1 + COR 2 (hu) + REV 1 (sv) + REV 2 (el)		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür

JUNI 2006				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
2735. Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 8. und 9. Juni 2006 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Rechte von behinderten Flugreisenden und Flugreisenden mit eingeschränkter Mobilität	PE-CONS 3681/05 + COR 1 + COR 2 + COR 3 (pt) + COR 4 (es) + COR 5 (fr) + COR 6 (fr) + COR 7 (nl) + COR 8 (fr) + REV 1 (lt) + REV 1 COR 1 (lt) + REV 2 (fi) + REV 2 COR 1 (fi)	97/06	Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür

JUNI 2006				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
2739. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 19. Juni 2006				
Verordnung des Rates zur Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aufgrund des Beitritts von Bulgarien und Rumänien zur Europäischen Union	9248/06		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1906/90 über Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch	9434/06 + COR 1		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür
Verordnung des Rates mit Vermarktungsnormen für Eier	9433/06 + COR 1	98/06, 99/06	Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1673/2000 hinsichtlich der Verarbeitungsbeihilfe für Faserflachs und –hanf und der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 hinsichtlich des für die Betriebsprämienregelung in Betracht kommenden Hanfs	9870/06 + COR 1 (nl) + COR 2 (fr)		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür, ausgenommen Tschechische Republik: Stimmenthaltung

JUNI 2006				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Beschluss des Rates zur Festlegung des Betrags für die Gemeinschaftsförderung der Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2013, der jährlichen Aufteilung dieser Förderung und des Mindestbetrags der Konzentration in den im Rahmen des Ziels "Konvergenz" förderfähigen Regionen	10017/06 + COR 1 (fr)		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür, ausgenommen Zypern: dagegen
2740. Tagung des Rates (Umwelt) vom 27. Juni 2006				
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1035/2001 zur Einführung einer Fangdokumentationsregelung für <i>Dissostichus</i> spp.	6609/06 + COR 1 (fi) + REV 1 (lv)	100/06	Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür, ausgenommen Vereinigtes Königreich: Stimmenthaltung
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2505/96 zur Eröffnung und Verwaltung autonomer Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren	9990/06 + COR 1 (en) + COR 2 (hu) + COR 3 (fr) + COR 4 (da)		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür

JUNI 2006				
ENDGÜLTIG ANGENOMMENE RECHTSETZUNGSAKTE	ANGENOMMENE TEXTE	ERKLÄRUNGEN	ABSTIMMUNGS- REGEL	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1255/96 zur zeitweiligen Aussetzung der autonomen Zölle des Gemeinsamen Zolltarifs für bestimmte gewerbliche und landwirtschaftliche Waren	9993/06		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür
Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2002/38/EG bezüglich der Geltungsdauer der Mehrwertsteuerregelung für Rundfunk- und Fernsehdienstleistungen sowie bestimmte elektronisch erbrachte Dienstleistungen	10272/1/06 REV 1 + REV 2 (el) + COR 1 (de) + COR 2 (nl)		Einstimmigkeit	Alle Mitgliedstaaten dafür
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2037/2000 im Hinblick auf das Basisjahr für die Zuteilung der Quoten für teilhalogenierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe an die Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union am 1. Mai 2004 beigetreten sind	PE-CONS 3613/06 + REV 1 (lt)		Qualifizierte Mehrheit	Alle Mitgliedstaaten dafür, ausgenommen Ungarn: Stimmenthaltung

ERKLÄRUNG 87/06**Erklärung Frankreichs**

"Frankreich bedauert zutiefst, dass die Kommission die auf der Tagung des Rates im Dezember vorgelegten Anträge auf Sonderbestimmungen (Ausnahmen) in Bezug auf die Beschränkungen der Tage auf See für den Einsatz bestimmter Fanggeräte ungleich behandelt. Frankreich erinnert daran, dass die Kommission im Rahmen einer Erklärung für das Ratsprotokoll, die integraler Bestandteil des Kompromisses war, zugesagt hatte, die Anträge Frankreichs unter Berücksichtigung der von Frankreich übermittelten wissenschaftlichen Unterlagen rasch zu prüfen.

Frankreich bedauert, dass die Kommission dieser Verpflichtung bis heute nicht nachgekommen ist, während die französischen Behörden für die rechtzeitige Übermittlung der erforderlichen Daten – auch vor der Tagung des Rates im Dezember 2005 – Sorge getragen haben.

Frankreich erinnert daher an seine Anträge und weist nachdrücklich darauf hin, dass diese von großer Dringlichkeit sind. Es bekräftigt, dass die wissenschaftlichen Unterlagen ihre Begründetheit untermauern, und hebt hervor, dass diese Anträge für die Tätigkeit der betreffenden Kleinfischerei-Flotten von größter Bedeutung sind. Frankreich ersucht die Kommission, alles daranzusetzen, um diese Frage auf zufrieden stellende Weise zu lösen."

ERKLÄRUNG 88/06

Erklärung der Kommission

"Die Kommission sagt zu, dass sie im Rahmen künftiger Arbeiten an einer etwaigen gesonderten Richtlinie der Kommission über Sportlebensmittel, einschließlich Sportgetränken, prüfen wird, wie die Frage der Verwendung von Süßungsmitteln in solchen Erzeugnissen am besten behandelt werden kann."

ERKLÄRUNG 89/06

Erklärung der Kommission

"Die Kommission erklärt, dass sie ihre Befugnis zur Annahme von Sofortmaßnahmen nach Kapitel IV Abschnitt 2 'Notfälle' der Verordnung 178/2002/EG (das Lebensmittelrecht) uneingeschränkt wahrnehmen wird, wenn die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit die Haltung vertritt, dass ein Lebensmittelzusatzstoff für den Verbraucher nicht sicher ist."

ERKLÄRUNG 90/06

Erklärung des Rates

"Der Rat ist der Ansicht, dass jede Verwendung von Schwefeldioxid und Sulfiten als Zusatzstoff überprüft werden sollte, um sicherzustellen, dass die annehmbare Tagesdosis (ADI) nicht überschritten wird. Er ersucht die Kommission, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit diese Überprüfung so bald wie möglich eingeleitet werden kann."

ERKLÄRUNG 91/06

Erklärung Dänemarks

"Dänemark unterstützt generell die gemeinsamen Vorschriften über Zusatzstoffe und erachtet es als positiv, dass die Kommission laufend Initiativen zur Änderung der Vorschriften ergreift, wobei sie sich im Allgemeinen nach wissenschaftlichen Gutachten zur Verwendung von Zusatzstoffen richtet. Dänemark, das bekanntermaßen die gegenwärtig geltenden EU-Vorschriften über Nitrit und Nitrat aufgrund der krebserregenden Eigenschaften dieser Stoffe von Anbeginn abgelehnt hat und mit Zustimmung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften nationale Vorschriften in diesem Bereich beibehalten konnte, hat der Vorlage des Änderungsvorschlags der Kommission mit besonderem Interesse entgegengesehen. Jedoch konnte Dänemark weder den Kommissionsvorschlag noch den Kompromisstext unterstützen, der auf der Ratstagung zur Abstimmung vorgelegt wurde. Dänemark hält es im Vergleich zu den jetzigen Vorschriften für eine Verbesserung, dass die Verwendung von Nitrit und Nitrat künftig entsprechend der hinzugefügten Menge und nicht nach der Restmenge geregelt wird. Allerdings konnte Dänemark den Vorschlag nicht unterstützen, da die zulässigen Grenzwerte für die Verwendung von Nitrit und Nitrat nach dänischer Auffassung zu hoch sind und somit weiterhin im Widerspruch zu den wissenschaftlichen Gutachten unter anderem der EFSA stehen. Des Weiteren gehen die Vorschriften nach dänischer Auffassung in Bezug auf traditionell hergestellte Erzeugnisse zu weit, die keine klar abgegrenzte und überschaubare Warengruppe mehr darstellen."

ERKLÄRUNG 92/06

Erklärung Belgiens

"Belgien kann dem Richtlinienentwurf nicht zustimmen. Auch wenn wir uns dem größten Teil des Entwurfs anschließen können, haben wir doch einen Vorbehalt zu der vorgeschlagenen überarbeiteten Tabelle für Nitrit und Nitrat in Fleischerzeugnissen. Obwohl wir für Verbesserungen offen waren und während der Beratungen konstruktive Vorschläge unterbreitet haben, sehen wir uns nun mit dem Problem konfrontiert, dass die letztlich vorgeschlagenen überarbeiteten Vorschriften äußerst schwer verständlich sind, Widersprüche enthalten und ein weniger hohes Gesundheitsschutzniveau bieten. Folglich ist es im Interesse der Verbraucher, der Behörden und der Unternehmen, die geltenden harmonisierten Rechtsvorschriften (die ursprüngliche Richtlinie 95/2) dem überarbeiteten Vorschlag vorzuziehen."

ERKLÄRUNG 93/06

Erklärung Frankreichs

"Frankreich unterstützt den Text zwar, möchte aber sein Eintreten für die Integration der europäischen Finanzmärkte bekräftigen, die ein Ziel der Europäischen Union im Rahmen der Lissabonner Agenda und des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen darstellt. In diesem Zusammenhang befürwortet Frankreich weiterhin den Grundsatz einer Beaufsichtigung auf konsolidierter Basis, der den Aufsichtsbehörden die Möglichkeit belässt, eine Berechnung des Koeffizienten auf Einzelbasis oder auf unterkonsolidierter Basis zu verlangen, falls die aufsichtsrechtliche Situation des Konzerns dies rechtfertigt, wie auch eine homogene Gewichtung (d.h. 0 %) der konzerninternen Risiken, und zwar unabhängig davon, ob die Tochtergesellschaften sich in demselben Mitgliedstaat oder in einem anderen Mitgliedstaat befinden. Damit die für Kreditinstitute geltenden Auflagen sich für die auf internationaler Ebene tätigen europäischen Banken nicht als Wettbewerbsnachteil auswirken, müssen die in diesen Punkten im Text vorgesehenen Überprüfungsklauseln es unbedingt gestatten, Fortschritte in Richtung auf einen stärker integrierten Ansatz zu erzielen."

ERKLÄRUNG 94/06

Erklärung Ungarns

"Ungarn begrüßt den neuen Ansatz für eine angemessene Eigenkapitalausstattung im Finanzsektor, der sicherstellt, dass Kreditinstitute und Investmentgesellschaften für die Berechnung von Eigenkapitalanforderungen Verfahren mit höherer Risikosensitivität anwenden können. Der neue Ansatz trägt zur Stärkung der finanziellen Stabilität insgesamt bei.

Ungarn möchte die Mitgliedstaaten jedoch daran erinnern, dass sich bei Anwendung der Möglichkeit, Anforderungen auf Einzelbasis gemäß Artikel 69 Absatz 3 nicht auf eine Muttergesellschaft anzuwenden, unerwünschte Auswirkungen auf ihre Tochtergesellschaften in anderen Mitgliedstaaten ergeben können. Ungarn ist der Ansicht, dass die Mitgliedstaaten diese Befreiung nur dann anwenden können sollten, wenn alle Institute des Konzerns in ein und demselben Mitgliedstaat tätig sind."

ERKLÄRUNG 95/06

Erklärung Finnlands

"Finnland erklärt, dass es die Bestimmungen der Richtlinie, mit denen den zuständigen Behörden ein Ermessensspielraum bei der Wahl von Regelungsmöglichkeiten zuerkannt wird, vorbehaltlich der notwendigen Beschränkungen anwenden wird, die von der finnischen Verfassung gefordert werden, wenn Gesetzgebungsbefugnisse des finnischen Parlaments an andere Behörden delegiert sind.

Finnland erklärt, dass es Artikel 136 der Richtlinie [Neufassung 2000/12/EG] vorbehaltlich der notwendigen Beschränkungen anwenden wird, die aufgrund der finnischen Verfassung bei jeder Ausübung hoheitlicher Gewalt geltend gemacht werden müssen."

ERKLÄRUNG 96/06

Erklärung Polens

"Nach Ansicht Polens stellt die Herbeiführung einer Einigung über die Neufassung der Richtlinie über die Eigenkapitalanforderungen einen wichtigen Schritt im Hinblick auf die vollständige Umsetzung des Aktionsplans für Finanzdienstleistungen dar. Die neue Richtlinie sollte mit der Einführung eines verbesserten Ansatzes für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen zur Weiterentwicklung und Stabilität des Finanzsektors beitragen.

Indes möchte Polen seine Bedenken hinsichtlich des Wortlauts von Artikel 69 Absatz 3 (und folglich auch von Artikel 69 Absatz 4) dieser Richtlinie zu Protokoll geben. Unseres Erachtens kann die Anwendung dieser Bestimmungen dazu führen, dass eine Tochtergesellschaft mit ihrem eigenen Kapital die Sicherheit ihrer Muttergesellschaft gewährleisten muss. Dieses Vorgehen hat möglicherweise negative Auswirkungen auf die Tätigkeiten und das wirksame Funktionieren der Tochtergesellschaften, und letztendlich auch auf die Stabilität des Finanzsystems eines Aufnahmemitgliedstaats insgesamt."

ERKLÄRUNG 97/06

Erklärung der Kommission

"Die Kommission hat die Absicht zu prüfen, ob es möglich ist, die nach dem Gemeinschaftsrecht, dem innerstaatlichen oder dem internationalem Recht bestehenden Rechte von Flugreisenden, deren Rollstuhl oder sonstige Mobilitätshilfen bei der Abfertigung auf dem Flughafen oder bei der Beförderung an Bord des Luftfahrzeugs zerstört oder beschädigt werden bzw. verloren gehen, auszuweiten. Es wird eine einschlägige Studie durchgeführt werden, um insbesondere die Frage der Schwellen für Ausgleichsleistungen für beschädigte oder verloren gegangene Ausrüstung und Geräte zu klären. Die Kommission beabsichtigt, dem Europäischen Parlament und dem Rat bis 1. Januar 2008 über diese Studie Bericht zu erstatten. Erforderlichenfalls wird die Kommission geeignete Legislativvorschläge unterbreiten."

ERKLÄRUNG 98/06

Erklärung der Kommission zu Artikel 11 Nummer 4

"Die Kommission erklärt, dass mit der Fassung des Artikels 11 Nummer 4, die auf der Tagung des Sonderausschusses Landwirtschaft am 6. Juni 2006 verteilt wurde, der Kommission ermöglicht werden soll, bei der Kennzeichnung von Eiern den Status quo aufrechtzuerhalten."

ERKLÄRUNG 99/06

Erklärung Polens, der sich die Tschechische Republik, Litauen und Finnland anschließen

"Nach Ansicht Polens sollten Eier der Klasse B so gekennzeichnet werden, dass die Verbraucher und die Händler sie von Eiern der Klasse A unterscheiden können. Dies ist nötig, um betrügerischen Praktiken vorzubeugen und das Verbraucherinteresse zu schützen."

ERKLÄRUNG 100/06

Erklärung des Vereinigten Königreichs

"Das Vereinigte Königreich ist der Ansicht, dass die in der Verordnung enthaltenen neuen Definitionen nicht für eine Anwendung auf die innergemeinschaftliche Verbringung von Zahnfisch geeignet sind. Die Stimmenthaltung der britischen Delegation bringt deshalb zum Ausdruck, dass das Vereinigte Königreich zwar den Grundgedanken des Verordnungsentwurfs nicht als problematisch empfand, jedoch den technischen Inhalt des Texts teilweise als ungeeignet betrachtete.

Das Vereinigte Königreich ist der Ansicht, dass der Grundsatz des freien Warenverkehrs innerhalb der Gemeinschaft durch die Ratsverordnung außer Kraft gesetzt wird.

Die vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung Nr. 1035/2001 des Rates spiegeln die Änderungen wider, die die Kommission zur Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (CCAMLR) mit ihrer Erhaltungsmaßnahme 10-05 im November 2005 angenommen hat. Die betreffenden Begriffsbestimmungen werfen jedoch technische Schwierigkeiten auf, wenn sie auf Verbringungen innerhalb der Gemeinschaft angewendet werden. In den Begriffsbestimmungen für "Ausfuhr" und "Wiederausfuhr" wird ausdrücklich nicht nur auf "das unter der Hoheit eines Staats stehende Gebiet" Bezug genommen, sondern auch auf die "Freihandelszone der Anlandung" und die "Zollunion". In der Begriffsbestimmung für "Einfuhr" hingegen fehlen die zuletzt genannten Begriffe, denn dort ist lediglich vom dem "unter der Hoheit eines Staats stehenden Gebiet" die Rede. Mit der wörtlichen Übernahme der von der CCAMLR angenommenen Begriffsbestimmung für "Einfuhr" in das Gemeinschaftsrecht würde daher wohl die bisherige Verfahrensweise, wonach innergemeinschaftliche Verbringungen nicht als "Einführen" betrachtet werden, aufgegeben.

Nach unserer Auffassung hätte die Begriffsbestimmung für "Einfuhr" in der Verordnung in dem erforderlichen Maße auf die Bedürfnisse der EU-Mitgliedstaaten abgestimmt werden müssen. Unseres Erachtens hätte man dies durch geringfügige Änderungen am Verordnungsentwurf problemlos bewerkstelligen können, ohne dabei in irgendeiner Weise die mit der CCAMLR-Erhaltungsmaßnahme verfolgte Absicht zu unterlaufen."

JUNI 2006	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungs- ergebnisse
2732. Tagung des Rates (Justiz und Inneres) vom 1. und 2. Juni 2006 Beschluss des Rates zur Umsetzung des Gemeinsamen Standpunkts 2005/411/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Sudan Dok. 9204/06 2733. Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) vom 1. und 2. Juni 2006 Überprüfung der Umsetzung der Pekingener Aktionsplattform durch die Mitgliedstaaten und die Organe der Europäischen Union – Schlussfolgerungen des Rates Dok. 9468/06 + ADD 1 Gesundheit bei Frauen – Schlussfolgerungen des Rates Dok. 9502/06 Förderung einer gesunden Lebensweise und Vorbeugung gegen Typ-II-Diabetes – Schlussfolgerungen des Rates Dok. 9505/06 Gemeinsame Werte und Prinzipien in den EU-Gesundheitssystemen – Schlussfolgerungen des Rates Dok. 9504/06	
	Stimmenthaltung: Deutschland

JUNI 2006	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungs- ergebnisse
2734. Tagung des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom 7. Juni 2006	
Beschluss des Rates über die Verlängerung des Abkommens in Form eines Briefwechsels zwischen der Europäischen Union und der Regierung Indonesiens über die Aufgaben, die Rechtsstellung, die Vorrechte und die Immunitäten der Beobachtermission der Europäischen Union in Aceh (Indonesien) (Aceh-Beobachtermission– AMM) und ihres Personals Dok. 9118/06 Gemeinsame Aktion des Rates zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2006/202/GASP zur Beobachtermission der Europäischen Union in Aceh (Indonesien) ("Aceh-Beobachtermission" – AMM) Dok. 9363/06	
2735. Tagung des Rates (Verkehr, Telekommunikation und Energie) vom 8. und 9. Juni 2006	
Beschluss über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Ukraine über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten Dok. 8589/06 Beschluss des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Mitgliedstaaten der Europäischen Union über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten, der Republik Albanien, Bosnien und Herzegowina, der Republik Bulgarien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Republik Island, der Republik Kroatien, dem Königreich Norwegen, Rumänien, Serbien und Montenegro und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen in Kosovo zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Luftverkehrsraums Dok. 8823/06 + COR 1 + COR 2 (de) + COR 3 (nl) + REV 1 (hu) + REV 1 COR 1 (hu), 9694/2/06 REV 2 + COR 1 (pt) + REV 2 ADD 1 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten Dok. 5034/2/06 REV 2 + REV 3 (en) + REV 4 (el) + REV 5 (fi), 10000/06	

JUNI 2006	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungs- ergebnisse
2736. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) vom 12. Juni 2006 Gemeinsame Aktion des Rates zur Unterstützung der Tätigkeiten der IAEO in den Bereichen nukleare Sicherheit und Verifikation im Rahmen der Umsetzung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen Dok. 9381/06 Gemeinsame Aktion des Rates zur Unterstützung der Durchführung der Resolution 1540 (2004) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und im Rahmen der Umsetzung der Strategie der EU gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen Dok. 9515/06 + COR 1 (en) Beschluss des Rates über die Einleitung der militärischen Operation der Europäischen Union zur Unterstützung der Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC) während der Wahlen (Operation EUFOR RD Congo) Dok. 9652/06 Gemeinsame Aktion des Rates zur Änderung und Verlängerung der Gemeinsamen Aktion 2005/190/GASP betreffend die integrierte Mission der Europäischen Union zur Stützung der Rechtsstaatlichkeit im Irak, EUJUST LEX Dok. 9255/06 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Gemeinschaft – des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Albanien andererseits Dok. 8155/06 + COR 1, 8164/06 + COR 1 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss des Interimsabkommens über Handel und Handelsfragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft einerseits und der Republik Albanien andererseits Dok. 8139/06 + COR 1, 8154/06 + COR 1	

JUNI 2006	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungs- ergebnisse
Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 1999/70/EG hinsichtlich der externen Rechnungsprüfer der Banque de France Dok. 9146/06 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1783/1999 Dok. 9059/06 + COR 1 (cz) + COR 3 (it) + COR 4 (fr) + REV 1 (de) + REV 2 (es) + REV 3 (fr) + ADD 1, 9872/06 + ADD 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den europäischen Sozialfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1784/1999 Dok. 9060/06 + COR 1 (nl) + REV 1 (es) + REV 2 (fr) + REV 3 (it) + ADD 1, 9874/06 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Schaffung eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Dok. 9062/06 + COR 1 (fi) + COR 2 (it) + REV 1 (nl) + ADD 1, 9875/06 + COR 1 + ADD 1 + ADD 1 COR 1 2739. Tagung des Rates (Landwirtschaft und Fischerei) vom 19. Juni 2006 Beschluss des Rates zur Anpassung der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens hinsichtlich der Entwicklung des ländlichen Raums Dok. 9605/06 Beschluss des Rates zur Anpassung des Anhangs VIII der Akte über den Beitritt Bulgariens und Rumänien Dok. 9608/06 Beschluss des Rates über die Genehmigung, im Namen der Europäischen Gemeinschaft, des Protokolls zur Durchführung der Alpenkonvention von 1991 im Bereich Berglandwirtschaft Dok. 10052/06	

JUNI 2006	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungs- ergebnisse
Verordnung des Rates zur Änderung des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 2042/2000 zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren von Fernsehkamerasystemen mit Ursprung in Japan Dok. 9736/06 2740. Tagung des Rates (Umwelt) vom 27. Juni 2006 Beschluss des Rates über die Annahme des Protokolls "Bodenschutz", des Protokolls "Energie" und des Protokolls "Tourismus" der Alpenkonvention im Namen der Europäischen Gemeinschaft Dok. 10193/1/06 REV 1 Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem Verhaltenskodex zur Verrechnungspreisdokumentation für verbundene Unternehmen in der Europäischen Union (EU TPD) Dok. 9738/06 + COR 1 (de) + COR 2 (fr) + COR 3 (nl) + COR 4 (da) + COR 5 (fi), 12695/04 Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Gabunischen Republik über die Rechtsstellung der EU-geführten Einsatzkräfte in der Gabunischen Republik Dok. 10256/06 + COR 1 (fr) Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses 2003/631/EG zur Annahme von Maßnahmen betreffend Liberia gemäß Artikel 96 des AKP-EG-Partnerschaftsabkommens in besonderen Notfällen Dok. 10116/06 + COR 1 Gemeinsame Aktion des Rates über einen weiteren Beitrag der Europäischen Union zum Konfliktbeilegungsprozess in Georgien/Südossetien Dok. 10183/06	

SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungs- ergebnisse
Verordnung des Rates zur Einführung endgültiger Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in Kroatien, Rumänien, Russland und der Ukraine, zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/97 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 348/2000 des Rates, zur Einstellung der Interimsüberprüfung und der Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens der Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder nicht legiertem Stahl mit Ursprung unter anderem in Russland und Rumänien und zur Einstellung der Interimsüberprüfungen der Antidumpingzölle auf die Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder nicht legiertem Stahl mit Ursprung unter anderem in Russland und Rumänien und in Kroatien und der Ukraine Dok. 10243/06 + REV 1 (en) Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Übereinkommens zwischen der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über das Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Island und Norwegen Dok. 9644/06 + COR 1 (en) + COR 2 (fi) + COR 3 (da) + REV 1 (en) + REV 1 COR 1 (en) + REV 2 (fr) + REV 3 (de) + REV 4 (hu) + REV 5 (mt) + REV 6 (nl) + REV 7 (fi) + REV 9 (lv) + REV 9 COR 1 (lv) + REV 10 (pl) + REV 11 (fi) Gemeinsamer Standpunkt im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Finanzierungsinstrument für die Umwelt (LIFE+) Dok. 6284/06 + ADD 1, 10436/06 + ADD 1 REV 1 Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf die Annahme einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Agentur für chemische Stoffe, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG. 93/67/EWG. 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission Dok. 7524/06 + COR 1 (fr) + REV 1 (mt) + REV 2 (lt) + REV 3 (hu) + REV 4 (nl) + REV 5 (el) + REV 6 (es) + REV 7 (hu) + REV 7 COR 1 (hu) + ADD 1 + ADD 1 COR 1 (en) + ADD1 COR 2 (en), 10411/06 + COR 1 + ADD 1	Dagegen: Lettland, Slowenien, Schweden, Vereinigtes Königreich Stimmenthaltung: Österreich, Estland, Ungarn, Litauen, Luxemburg Dagegen: Belgien, Niederlande

JUNI 2006	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Öffentliche Abstimmungs- ergebnisse
Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 67/548/EWG des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einstufung, Verpackung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe im Hinblick auf ihre Anpassung an die Verordnung (EG) Nr. .../2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) und zur Schaffung eines Europäischen Amtes für chemische Stoffe Dok. 7525/06 + REV 3, 10412/06 + COR 1 + ADD 1 + ADD 1 COR 1, 7524/06 ADD 1 + ADD 1 COR 1 (en) + ADD 1 COR 2 (en) Am 30. Juni 2006 abgeschlossene schriftliche Verfahren Gemeinsamer Standpunkt des Rates im Hinblick auf den Erlass der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens (2004/0055 (COD)) Dok. 7535/06 + REV 1 (es) + REV 1 COR 1 (es) + REV 2 (lt) + COR 1 (pt) + COR 2 (et) + COR 3 (fr) + COR 4 (en) + COR 5 (sv) + COR 6 (lv) + COR 7 (de) + COR 8 (fr) + COR 9 (el) + ADD 1 + ADD 1 REV 1 (hu) + ADD 1 REV 2 (lt) + ADD 2 + ADD 2 REV 1 (hu) + ADD 2 REV 2 (lt) + ADD 3 + ADD 3 REV 1 (es) + ADD 3 REV 1 COR 1 (es) + ADD 3 REV 2 (hu) + ADD 3 REV 3 (lt) + ADD 3 COR 1 (fr) + ADD 4 + ADD 4 REV 1 (es) + ADD 4 REV 1 COR 1 (es) + ADD 4 REV 2 (hu) + ADD 4 REV 3 (lt) + ADD 4 COR 1 (fr) + ADD 5 + ADD 5 REV 1 (hu) + ADD 5 REV 2 (lt) + ADD 6 + ADD 6 REV 1 (hu) + ADD 6 REV 2 (lt) + ADD 7 + ADD 7 REV 1 (hu) + ADD 7 REV 2 (lt) + ADD 8 REV 1 + ADD 8 REV 1 COR 1, 10414/06 + ADD 1 Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien über die Beteiligung der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien an der militärischen Krisenbewältigungsoperation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina (Operation ALTHEA) Dok. 10391/06 + COR 1 (en) + COR 2 (et)	Stimmenthaltung: Polen